

Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938  
(ADÖ)

Herausgegeben von Arnold Suppan

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE  
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

---

---

FONTES RERUM  
AUSTRIACARUM  
ÖSTERREICHISCHE GESCHICHTSQUELLEN

ZWEITE ABTEILUNG  
DIPLOMATARIA ET ACTA  
97. BAND



VERLAG DER  
ÖSTERREICHISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE  
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

---

---

Außenpolitische Dokumente  
der Republik Österreich  
1918–1938 (ADÖ)

Band 11

Im Schatten des Nationalsozialismus

27. Juli 1936 – 27. September 1937

Herausgegeben von Klaus Koch und Elisabeth Vyslonzil



VERLAG DER  
ÖSTERREICHISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

Angenommen durch die Publikationskommission der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW:  
Michael Alram, Bert Fragner, Hermann Hunger, Sigrid Jalkotzy-Deger, Brigitte Mazohl,  
Franz Rainer, Oliver Jens Schmitt, Peter Wiesinger und Waldemar Zacharasiewicz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie,  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagentwurf: Katharina Uschan

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.  
This publication has undergone the process of anonymous, international peer review.

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,  
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-7001-7869-9

Copyright © 2016 by  
Österreichische Akademie der Wissenschaften  
Wien

Satz: HAPRA GmbH, Puchenu  
Druck: Prime Rate kft., Budapest

<http://epub.oeaw.ac.at/7869-9>  
<http://verlag.oeaw.ac.at>

## Inhalt

Vorwort .....	7
Einleitung Im Schatten des Nationalsozialismus. 27. Juli 1936 – 27. September 1937. <i>Klaus Koch</i> .....	11
Chronologisches Verzeichnis der Dokumente und Beilagen .....	39
Dokumente .....	51
Anhang: Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister .....	257
Abkürzungsverzeichnis .....	261
Orts-, Personen- und Sachregister .....	266



## Vorwort

Nach dem deutsch-österreichischen Juliabkommen 1936 schien sich die internationale Lage Österreichs – eingekeilt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien – zu stabilisieren. Auch der stark umjubelte Einmarsch der österreichischen Mannschaft bei den Olympischen Sommerspielen in Berlin am 1. August 1936 signalisierte dem internationalen Beobachter eine scheinbare Entspannung des seit 1933/34 durch viele NS-Sprengstoffanschläge und einen Mordanschlag gegen Bundeskanzler Dollfuß vergifteten Verhältnisses zwischen Hitler und seiner alten Heimat. Immerhin gewann die österreichische Olympia-Mannschaft, die wie auch zahlreiche andere Nationen beim Vorbeimarsch an Hitlers Podium den Nazigruß entboten hatten, mehr olympische Medaillen als jemals zuvor und danach.

Als Folge des Juliabkommens hob das Deutsche Reich die „Tausend-Mark-Sperre“ vom 27. Mai 1933 auf, was vor allem dem Tourismus in Westösterreich entgegenkam. Am 6. August 1936 trat der Kontrollor des Völkerbundes für die Finanzgebarung Österreichs, Rost van Tonningen, zurück, da sich die Wirtschaftslage Österreichs gebessert hatte. Vor dem Hintergrund des beginnenden Bürgerkriegs in Spanien beurteilte freilich die neue Regierung des Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg – unter Einbau von Vertretern der nationalen Opposition – die internationale Lage weiterhin skeptisch und erließ am 14. Oktober 1936 ein Frontmilizgesetz, das auf freiwilliger Basis alle bisherigen Mitglieder von Wehrverbänden in die Vaterländische Front integrierte. Kommandant wurde der in den Kärntner „Abwehrkämpfen“ verdiente Feldmarschalleutnant Ludwig Hülgerth, der bald auch zum Vizekanzler aufstieg. Die am 25. Oktober 1936 gebildete „Achse Berlin – Rom“ signalisierte Schuschnigg, dass nun Mussolini durch seine Annäherung an Hitler als Garant für die Unabhängigkeit Österreichs nach und nach ausfiel. Als Schuschnigg und der neue Staatssekretär Guido Schmidt im April 1937 von Mussolini und Ciano in Venedig empfangen wurden, machte der italienische Ministerpräsident klar, dass eine Ordnung des Donaupraumes ohne Deutschland nicht in Frage komme.

Der „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler – spätestens seit den Olympischen Spielen am Beginn seiner „charismatischen Herrschaft“ – hatte seine Kernvorstellungen keineswegs vergessen: Kampf gegen Versailles, rasche militärische Wiederaufrüstung, Ausschaltung der Juden und „Arisierung“ ihres Besitzes, Erwerb von „Lebensraum“ im Osten, Entscheidungskampf gegen

den Bolschewismus, Vorherrschaft über Europa. Der beginnende Bürgerkrieg in Spanien zwischen der in den Wahlen knapp siegreichen Volksfront und den Faschisten unter General Franco eröffnete Hitler die Möglichkeit, Franco mit Transport- und Jagdflugzeugen sowie zwei Kriegsschiffen zu unterstützen. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, betrieb die Aufstellung der gemischten Luftwaffeneinheit „Legion Condor“, die am Nachmittag des 26. April 1937 gemeinsam mit italienischen Kräften den baskischen Marktflecken Guernica zerstörte und 2500 Einwohner tötete oder verletzte.

Bereits Ende August 1936 hatte Hitler seine Denkschrift zum „Vierjahresplan“ diktiert und Göring zum Koordinator eingesetzt: In den nächsten vier Jahren müsse die Wehrmacht einsatzfähig, die Wirtschaft kriegsbereit sein. Der Schwung für die Rüstungswirtschaft, den der Vierjahresplan auslöste, war gewaltig, ging allerdings auf Kosten der Konsumwirtschaft. Als der italienische Außenminister Ciano im Oktober 1936 auf dem „Berghof“ vorsprach, stellte Hitler klar: Zwischen Italien und Deutschland gebe es keine Interessengegensätze – Das Mittelmeer sei „ein italienisches Meer“, Deutschland müsse Handlungsfreiheit im Osten und im Ostseeraum haben. Im November einigten sich Berlin und Tokio, die beiden stärksten expansionistischen Mächte, auf einen Pakt gegen die Komintern. Hitlers Reichstagsrede am 30. Januar 1937 mit der Versicherung, „dass damit die Zeit der sogenannten Überraschungen abgeschlossen“ sei, stellte daher lediglich eine Camouflage dar, vielleicht eine taktische Finte, um die stürmische Aufrüstung auszubalancieren. Auch die deutsche Wirtschaft schaffte es nicht, Kanonen und Butter zugleich zu liefern. International war aber im Jahre 1936 die Brüchigkeit und chronische Instabilität der Nachkriegsordnung von 1919/20 brutal bloßgestellt worden (Ian Kershaw).

Andererseits versprachen sich viele österreichische Wirtschaftstreibende nach dem Juliabkommen, an den Vorteilen einer Großraumwirtschaft partizipieren zu können. Zwar befanden sich vor 1938 nur etwa 10 Prozent des österreichischen Industriekapitals und etwa 8 bis 9 Prozent des Aktienkapitals der Banken in deutschem Eigentum, aber über einige herausragende Betriebe wie die Alpine-Montan-AG, die Böhler-Werke und die Siemens-Schuckert-Werke wurde nicht nur eine „gelbe“ (= nationale) Gewerkschaft gefördert, sondern auch die NS-Agitation. Auch die Kärntner, Tiroler und Vorarlberger Industriellen sympathisierten stärker mit der NS-Bewegung als die Unternehmungskreise in Ostösterreich. Unter den Unselbständigen neigten Angestellte und pauperisierte Beamte stärker zur NSDAP als politisch organisierte Arbeiter (Roman Sandgruber).

Als Staatssekretär Schmidt im Mai 1937 London besuchte, wurde ihm im Foreign Office verdeutlicht, dass Wien keine Garantie der Westmächte zugunsten der österreichischen Unabhängigkeit erwarten dürfe, wie sie 1934 erfolgt war. Andererseits erließ der deutsche Reichskriegsminister Werner von Blomberg am 24. Juni eine „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“,



in der unter dem Titel „Sonderfall Otto“ der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich für den Fall einer Restauration der Habsburger vorgesehen wurde. Bereits am 4. Februar 1937 hatte Schuschnigg einen „Siebener-Ausschuss“ der nationalen Opposition initiiert, mit dessen Hilfe illegale Nationalsozialisten in die Regierungsarbeit einbezogen werden sollten, und zwar im Rahmen des „Volkspolitischen Referats“ der Vaterländischen Front. Der Siebener-Ausschuss erhielt ein exemtes Büro in der Wiener Teinfaltstraße, das sich zum Hauptquartier des illegalen NS-Landesleiters Hauptmann Josef Leopold entwickelte. Im Juni 1937 wies die illegale österreichische NSDAP bereits einen Mitgliederstand von 75.572 auf. Hitlers „Nationalisierung der Massen“ (Ian Kershaw) begann nicht nur weite Gesellschaftskreise Deutschlands zu erfassen, sondern zunehmend auch in breite Schichten der österreichischen Gesellschaft einzudringen. Im Juli 1937 wurden zwar in Österreich „nur“ 193.000 unterstützte Arbeitslose registriert, diese Zahl berücksichtigte allerdings nicht die bereits „Ausgesteuerten“ und die jüngsten Jahrgänge der Schulabgänger, die noch gar nicht in Arbeit gekommen waren.

Besonderen Dank für ihre Hilfe schulden wir Mag. Dr. Philipp Greilinger für die fachmännische Transkription der Dokumente und den Damen und Herren des Österreichischen Staatsarchivs für wertvolle Hinweise. Für die Finanzierung der Editionsarbeit und der Drucklegung dieses Bandes sei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedankt, vor allem dem Verlag unter Leitung von Mag. Lisbeth Triska und der Buchproduktion durch Robert Püringer.

Wien, im Juli 2015

*Die Herausgeber*



*Klaus Koch*

## **Im Schatten des Nationalsozialismus. Juli 1936 – September 1937**

Der vorangegangene Band der „Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich 1918 – 1938“ endet thematisch mit dem „Gentleman-Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. Dieses Juliabkommen stand nun wie ein „Trojanisches Pferd“ vor dem Ballhausplatz und richtete seinen Blick auf den nahen Heldenplatz.<sup>1</sup> Im Gegensatz zur offiziell zelebrierten Freude und Erleichterung über die friedliche Beilegung des drohenden Konflikts mit dem übermächtigen deutschen Nachbarn, herrschte in den Wiener Regierungskreisen nüchterner Pragmatismus vor. „Zweifellos nur unter dem Zwang der Stunde [und] nicht aus innerem Drang“ sei das Abkommen abgeschlossen worden, bekannte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg intern.<sup>2</sup> Nach außen hin ließ er es hingegen von der gleichgeschalteten Presse als Erfolg seiner Regierung und als Beitrag zur europäischen Friedenssicherung verkaufen. Berlins Sondergesandter Franz von Papen erblickte in der Einigung schlicht und einfach eine bloße Abstufung des

---

<sup>1</sup> Klaus Koch, Zwischen Mussolini und Hitler. August 1934 – Juli 1936. In: Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918 – 1938 (ADÖ), Bd. 10: Zwischen Mussolini und Hitler. 10. August 1934 bis 24. Juli 1936, ed. Klaus Koch/Elisabeth Vyslonzil (Wien 2014) 11-32, hier 32; das Juliabkommen ADÖ 10/1640. Zuvor im Rahmen dieser Aktenedition bereits erschienen: Bd. 1: Selbstbestimmung der Republik. 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 1993); Bd. 2: Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 1994); Bd. 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 1996); Bd. 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung. 11. Juni 1921 bis 6. November 1922, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 1998); Bd. 5: Unter der Finanzkontrolle des Völkerbundes. 7. November 1922 bis 15. Juni 1926, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 2002); Bd. 6: Jahre der Souveränität. 16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 2004); Bd. 7: Das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt. 12. Februar 1930 bis 11. September 1931, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan (Wien 2006); Bd. 8: Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne. 12. September 1931 bis 23. Februar 1933, ed. Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Wien 2009); Bd. 9: Österreich im Banne des Faschismus. 24. Februar 1933 bis 6. August 1934, ed. Walter Rauscher (Wien 2014).

<sup>2</sup> Gabriele Volsansky, Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936 (= Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 37, Wien-Köln-Weimar 2001) 37.

Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich von einer internationalen zu einer innerfamiliären Angelegenheit.<sup>3</sup>

Tatsächlich bot das Juliabkommen jedoch für beide Seiten – ungeachtet der konträren Ziele – klare Vorteile: Beiden verschaffte es zunächst einmal Zeit. Österreich erhielt die dringend benötigte Atempause verknüpft mit der vagen Hoffnung, dass sich die politische Wetterlage Europas doch noch zugunsten Wiens verändern könnte. Angesichts der außenpolitischen Isolation Wiens ein zwar verständlicher, nüchtern betrachtet allerdings eher der Verzweiflung geschuldeter Gedanke.<sup>4</sup> Dagegen entsprach das Kalkül Berlins auf Zeit zu setzen durchaus den realpolitischen Verhältnissen. So konnte das Deutsche Reich ungehindert vom „Zankapfel Österreich“ seine Achse zu Italien schmieden. Darüber hinaus waren die Westmächte nur allzu gerne bereit, das Juliabkommen als willkommenes Friedenssignal zu werten, was Berlin wiederum dazu diente, seine internationale Isolation zu lockern. Beide Ziele wurden von Adolf Hitler konsequent verfolgt, brauchten aber eben Zeit – Zeit die eine vermeintliche Friedenslösung der „Österreichfrage“ jedenfalls bot.

Wirtschaftliche Vorteile aus dem Juliabkommen waren hingegen in erster Linie für die kleine Alpenrepublik zu erzielen. Ganz konkret und unmittelbar etwa durch die Aufhebung der berüchtigten Tausend-Mark-Sperre, die der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft in den vergangenen Jahren schwer zu schaffen gemacht hatte.<sup>5</sup> Der ökonomische Wert für Deutschland war hingegen eher grundsätzlicher Natur, indem das auf Südosteuropa ausgerichtete Expansionskonzept mit dem Ziel eines autarken Großwirtschaftsraums verfolgt werden konnte. Im Gegensatz dazu ist in der einschlägigen Fachliteratur aber auch von einer regelrechten Penetration der österreichischen Wirtschaft durch den reichsdeutschen Profiteur zu lesen. Zum einen betraf dies das Finanzsystem und zum anderen die von Deutschland dringend benötigten Rohstoffquellen Österreichs, namentlich die Erzvorkommen in der Steiermark und in Kärnten.<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Arnold Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Aussenpolitik im europäischen Umfeld* (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien-München 1996) 1187.

<sup>4</sup> „Wir haben ja auch um Zeit gespielt“, erinnerte sich Schuschnigg später, „weil wir dachten, in zwei, drei Jahren schaut die Welt ganz anders aus, hoffentlich zu unseren Gunsten“ – zit. nach Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich. Der Anschluss* (Wien<sup>2</sup> 1979) 350.

<sup>5</sup> Siehe dazu ADÖ 9/1307 und ADÖ 9/1308; außerdem Gustav Otruba, *Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“ und die Folgen für Österreichs Fremdenverkehr (1933-1938)* (= Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 9, Linz 1983). „Gross ist die Freude des [deutschen] Reisepublikums über die bevorstehende Aufhebung der 1000 Mark-Sperre“, wußte allerdings auch der österreichische Gesandte aus Berlin, Stefan Tauschitz, zu berichten – ADÖ 10/1668.

<sup>6</sup> Walter Goldinger, Dieter A. Binder, *Geschichte der Republik Österreich 1918-1938* (Wien-München 1992) 260f.; siehe dazu auch Jürgen Elvert, *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945)* (= Historische Mitteilungen 35, Stuttgart 1999) 248-269.

Im Grunde genommen war sämtlichen Beteiligten klar, dass das Juliabkommen weder eine endgültige Aufgabe des Anschlussgedankens, noch eine dauerhafte Garantie der österreichischen Souveränität darstellte.<sup>7</sup> „Von Hitler kann man gewiss nicht behaupten, er habe mit der Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit etwa den Anschlussgedanken preisgeben wollen“, behauptete Franz von Papen nach dem Krieg. „Das hätte kein deutscher Staatsmann gekonnt“, fährt er fort, um zu resümieren, dass ihm bloß daran gelegen war, „internationalen Komplikationen für einige Zeit zu entgehen“.<sup>8</sup> Grundsätzlich positiv, wenn auch keineswegs einhellig, waren die internationalen Reaktionen auf das Juliabkommen.<sup>9</sup>

Geradezu enthusiastisch reagierte Italien, das durch Mussolini ja auch indirekt in die Verhandlungen involviert gewesen war. Auch er sah darin die Beseitigung einer wesentlichen Hürde auf dem eingeschlagenen Weg zu einer Annäherung zwischen Rom und Berlin.<sup>10</sup> Ähnlich gestaltete sich die Interessenlage in Ungarn, dem dritten im Bunde der Römer Protokollstaaten, wo man ebenfalls mit Erleichterung und Freude zur Kenntnis nahm, dass nun sämtliche Hindernisse für eine direkte und gute Einvernahme mit Deutschland aus dem Weg geräumt waren. Außerdem war für Budapest durch das Juliabkommen die latente Furcht vor einem Abdriften Österreichs an die Kleine Entente gebannt.<sup>11</sup>

Tatsächlich hatte ja vor allem der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš kein noch so kühnes Mitteleuropakonstrukt gescheut, um den Konflikt zwischen Österreich und Deutschland für seine Interessen zu instrumentalisieren. Nach dem Juliabkommen machte sich am Hradschin nun resignative Ernüchterung breit, auch wenn man nach außen hin versuchte, betonte Gelassenheit zu demonstrieren. So wollte Beneš – sich fast schon in der Rolle des weisen Elder Statesman gerierend – ja schon immer gewusst haben, dass „die Spannung zwischen Österreich und Deutschland [ ... ] nur als zeitlich bedingt“ zu betrachten sei und es daher „verrückt [wäre] Österreich in eine Front gegen Deutschland zwingen zu wollen.“<sup>12</sup> Andernorts verstieg sich Beneš sogar zur Bemerkung, dass Österreich durch sein Bekenntnis, ein deutscher Staat zu sein, „auch der Tschechoslowakei einen großen Dienst erwiesen“

---

<sup>7</sup> Stellvertretend dazu Theodor Hornbostel, der davon ausging, dass „dem sicherlich aufrecht bleibenden Ziel Deutschlands auf lange Sicht, Österreich doch noch einmal einzuverleiben, schon in Folge des losen Charakters der Abmachungen nicht präjudiziert wurde“. – zit. nach Volsansky, Pakt auf Zeit 34f.

<sup>8</sup> Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse* (Innsbruck [1952]) 425.

<sup>9</sup> Dazu bereits Koch, *Zwischen Mussolini und Hitler* 31.

<sup>10</sup> Siehe dazu ADÖ 10/1642; außerdem Wiener Zeitung, Nr. 190 vom 12. 7. 1936.

<sup>11</sup> Zu Ungarn ADÖ 10/1643.

<sup>12</sup> ADÖ 10/1670; dazu u. a. auch Piotr S. Wandycz, *Foreign Policy of Edvard Beneš 1918-1938*. In: *A History of the Czechoslovak Republic 1918-1948*, ed. Victor S. Mamatey, Radomír Luža (Princeton 1973) 216-238.

habe.<sup>13</sup> Offenkundiger waren dagegen schon die Bedenken seines Außenministers Kamil Krofta, der sich durch das österreichisch-deutsche Abkommen „gewissermaßen in die Zange genommen“ fühlte. Angesichts der vielfach als feindlich kolportierten Einstellung Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei habe die Ankündigung einer „einheitlichen Außenpolitik“ Wiens und Berlins in Prag „großes Unbehagen“ ausgelöst.<sup>14</sup> Vergleichsweise ruhig und freundlich reagierte der tschechoslowakische Ministerpräsident Milan Hodža, obwohl auch er an der eindeutig antitschechischen Haltung Berlins keine Zweifel hegte. Contre Coeur, wie er betonte, werde die Tschechoslowakei in dieser Situation eine Annäherung an die Sowjetunion suchen.<sup>15</sup>

Gemischte Gefühle rief das Juliabkommen naturgemäß auch bei den anderen beiden Ententestaaten Jugoslawien und Rumänien hervor: So versuchte Belgrad dem Abkommen wenigstens die Hoffnung auf eine Lockerung des Bündnisses Österreichs mit Ungarn und vor allem aber mit Italien abzugewinnen. In Bukarest sah man dagegen eher die Gefahr, dass das Römische Paktsystem – Österreich, Ungarn und Italien – nun um das mächtige Deutschland bereichert war. Angesichts der geradezu hysterischen Restaurationsphobie in beiden Balkanstaaten stellte die Anschlussgefahr jedenfalls das deutlich kleinere Übel dar,<sup>16</sup> während „der bisherige Zustand eines innen- und außenpolitisch beunruhigten Österreichs mit dem unerschöpflichen Thema der Restaurationsgefahr zur Ablenkung und Zerstreuung des Publikums [...] eben schon zu einer süßen Gewohnheit geworden“ war.<sup>17</sup>

Auf wenig Begeisterung stieß das Juliabkommen naturgemäß auch bei den Staaten, die der Kleinen Entente außenpolitisch nahe standen. Dies galt in erster Linie für Frankreich, das mittelbar nicht nur seinen schwindenden Einfluss in Mitteleuropa zu beklagen hatte, sondern das sich auch ganz unmittelbar vom Wiedererstarken Deutschlands bedroht fühlte. Daher mahnte Paris vor allem das Festhalten Wiens an seiner bisherigen Völkerbundpolitik ein. Außerdem vermisste der Quai d'Orsay die Verankerung einer künftigen mitteleuropäischen Lösung unter der

<sup>13</sup> Matthias Franz Lill, *Die Tschechoslowakei in der österreichischen Außenpolitik der Zwischenkriegszeit 1918-1938. Politische und wirtschaftliche Beziehungen (= Quellen und Studien zur Geschichte und Kultur der Sudetendeutschen 2, München 2006) 380.*

<sup>14</sup> ADÖ 10/1655; dazu außerdem ADÖ 10/1651; zur Reaktion Österreichs auf die massiven Bedenken Kroftas siehe ADÖ 10/1654, ADÖ 10/1655, ADÖ 10/1665 und ADÖ 10/1669.

<sup>15</sup> ADÖ 10/1652; zur Reaktion der Tschechoslowakei detailliert auch Lill, *Die Tschechoslowakei 378-383.*

<sup>16</sup> Zur ersten Reaktion in Belgrad ADÖ 10/1647; aus Bukarest traf die Eilmeldung ein, dass „Ansicht überwiegt, dass [durch das Juliabkommen] Gefahr Habsburgerrestauration ausgeschaltet“ sei – ADÖ 10/1648.

<sup>17</sup> Zit. nach Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1205; zur Restaurationsphobie in den slawischen Nachfolgestaaten der Monarchie in der Zwischenkriegszeit siehe u. a. auch Klaus Koch, Mitteleuropapläne – Von der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 bis zum Anschluss Österreichs 1938. In: Die Dimension Mitteleuropa in der Europäischen Union. Geschichte und Gegenwart, ed. Michael Gehler, Paul Luif, Elisabeth Vyslonzil (Hildesheim 2015) 79-92.*

Teilnahme Österreichs im Abkommen mit Deutschland.<sup>18</sup> Die Antwort des Ballhausplatzes fiel denkbar klar und knapp aus: „Eine [den] kollektiven Mitteleuropa-Pakt betreffende Klausel war niemals beabsichtigt. Eine solche wäre auch außerhalb des Rahmens österreichisch-deutscher Verhandlungen gelegen und hätte diese überflüssigerweise zumindest belastet wenn nicht [ein] Zustandekommen überhaupt verhindert, wodurch statt allgemein nützlicher Entspannung Verschärfung eingetreten wäre. Dieses Thema wurde daher auch von keiner der beiden Seiten überhaupt berührt, zumal es bekanntlich seit geraumer Zeit jeder Aktualität entbehrt.“<sup>19</sup> Letzteres war zweifellos zutreffend, doch hatte es die Wiener Regierung bisher stets vermieden, derart selbstbewusst aufzutreten.

Als geistiger Verbündeter der Kleinen Entente und vom deutschen Revisionismus bedrohter Nachbar zählte auch Polen zu den Staaten, die das Juliabkommen diplomatisch zwar freundlich, im Grunde jedoch argwöhnisch aufnahmen. Erstaunlicherweise zeigte sich der polnische Außenminister Józef Beck in diesem Zusammenhang als expliziter Befürworter der direkten bilateralen Einigung, „die er allen kollektiven Systemen und jeder Art von Arbitrage oder Mediation vorziehe“<sup>20</sup>. Viel Vertrauen in die mitteleuropäische Schutzmachtrolle Frankreichs oder gar in die Politik des Völkerbundes ließ dieses Statement jedenfalls nicht erkennen.

In Bulgarien, das im Gegensatz zu den Ententestaaten an einer Revision der Pariser Nachkriegsordnung interessiert war, fand das Juliabkommen durchwegs freudige Aufnahme, verbunden mit der „überschwänglichen Hoffnung“, gegebenenfalls eben selbst von einer neuen Konstellation in Europa profitieren zu können.<sup>21</sup> Überraschend durchwachsen präsentierte sich die Haltung der Schweiz, die angesichts ihrer ethnischen und territorialen Situation offenbar weit weniger in sich ruhte, als man vielleicht annehmen möchte. „Die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit ist also für die Schweiz nicht nur von großer moralischer Bedeutung, weil die Absorption jedes kleinen Staates durch einen mächtigen Nachbarn für sie ein sehr bedrohliches Präjudiz schafft, sondern auch von großer praktischer Bedeutung, weil [...] der österreichische Teil der Grenze heute der einzige ist, auf den kein irgendwie gearteter Druck ausgeübt wird.“<sup>22</sup> Als ungelöste Frage blieb für Bern daher stehen, ob sich diesem Ziel und Zweck das Juliabkommen eher zu- oder abträglich gestalten werde.

Interessant und trotz der räumlichen Distanz erstaunlich betroffen vom Abschluss des Juliabkommens zeigte sich die junge türkische Republik, die ihr außenpolitisches Gründungsdogma des europäischen Desengagements und der Bündnis-

---

<sup>18</sup> ADÖ 10/1658 und ADÖ 10/1661; dazu außerdem Thomas Angerer, „Erster Schritt zum Anschluss?“. Frankreich und das Juliabkommen. In: Geschichte und Gegenwart 3 (Graz 1988) 185-194.

<sup>19</sup> ADÖ 10/1662.

<sup>20</sup> ADÖ 11/1674.

<sup>21</sup> ADÖ 10/1660.

<sup>22</sup> ADÖ 10/1666.



freiheit längst aufgegeben hatte. So begrüßte Ankara die Beilegung des Konflikts zwischen Wien und Berlin zwar offiziell, doch über die daraus resultierende Stärkung der internationalen Position Italiens herrschte Beunruhigung und Unzufriedenheit.<sup>23</sup> Rein ökonomisch betrachtet, konnte der Türkei allerdings jede Konsolidierung Deutschlands als Korrektiv zur Dominanz der Westmächte am Bosphorus nur recht sein, obwohl Kemal Atatürk keineswegs die Germanophilie seiner jungtürkischen Vorgänger teilte.<sup>24</sup>

Eine gewisse insulare Gelassenheit prägte indessen die Haltung Großbritanniens: So begrüßte London das Juliabkommen zunächst sogar als diplomatischen Sieg Schuschniggs und als Schritt zur friedlichen Lösung der politischen Probleme Europas.<sup>25</sup> Zur Freude über die Entspannung am Kontinent mischte sich jedoch auch schon im Sommer 1936 die Sorge über die Bildung eines faschistischen Blocks in Mitteleuropa. Inwieweit das Gentleman-Agreement zwischen Berlin und Wien die Unabhängigkeit Österreichs garantiere, oder aber das gerade Gegenteil intendiere, darüber wurde an der Themse allerdings sehr wohl hinter vorgehaltener Hand spekuliert, freilich mit weit mehr Distanz als in Frankreich, dessen Betroffenheit vor allem in der englischen Presse nicht ohne einen Hauch von Schadenfreude konstatiert wurde. Mit der Zeit erfuhr die Beurteilung des Juliabkommens jedoch einen deutlichen Wandel, indem sich gegen Ende des Jahres im Foreign Office die Ansicht manifestierte, dass der Vertrag langfristig nur Berlin diene und er bloß als Vorstufe zum Anschluss zu betrachten sei. Allerdings billigte man der Wiener Regierung zu, im Grunde keine politische Alternative gehabt zu haben.<sup>26</sup>

Der Wiener Ballhausplatz selbst war bemüht, Bedenken im Ausland auszuräumen, Missinterpretationen zu korrigieren und offene Fragen im Zusammenhang mit dem Juliabkommen zu beantworten. Erklärungsbedarf herrschte vor allem hinsichtlich des Bekenntnisses Österreichs als „deutscher Staat“ und in Bezug auf die künftige Konformität der Außenpolitik beider Staaten.<sup>27</sup> Mit Nachdruck verwies die Wiener Diplomatie dabei stets auf die von Berlin anerkannte „volle Souveräni-

---

<sup>23</sup> ADÖ 10/1663; außerdem Klaus Koch, Österreich und die Türkei 1918-1938. In: Orient und Okzident.

<sup>24</sup> Dazu ausführlich Sabine Mangold-Will, Begrenzte Freundschaft. Deutschland und die Türkei 1918-1933 (= Moderne Europäische Geschichte 5, Göttingen 2013) passim.

<sup>25</sup> Reinhold Wagnleitner, Die britische Österreichpolitik 1936 oder „The Doctrine of Putting off the Evil Day“. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen (= Veröffentlichungen des Theodor Körner Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927-1938 Bd. 4, Wien 1977) 51-83, hier 72f.; außerdem ADÖ 10/1644, ADÖ 10/1649 und ADÖ 10/1650.

<sup>26</sup> Wagnleitner, Die britische Österreichpolitik 76f.; Volsansky, Pakt auf Zeit 42; außerdem ADÖ 11/1709, ADÖ 11/1754 und ADÖ 11/1755.

<sup>27</sup> ADÖ 10/1651; die umstrittene Passage im Pressecommuniqué zum Juliabkommen lautete: „3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache,



tät Österreichs“, weshalb sich dieses Bekenntnis „in erster Linie auf das völkische und das kulturelle Moment beziehe“. Die missverständliche Formulierung bezüglich der Außenpolitik sei dagegen lediglich so zu verstehen, dass „Österreich keine gegen Deutschland gerichtete Außenpolitik“ in Form eines Einkreisens oder dergleichen „zu verfolgen beabsichtige“.<sup>28</sup> Die verbindliche Sprachregelung für die diplomatischen Vertreter Österreichs im Ausland lautete daher, dass „daher alle diesbezüglich auftauchenden Zweifel als durchaus abwegig zu bezeichnen [sind], da ja der am 11. d[ieses] M[onats] erzielte Modus vivendi mit dem Deutschen Reiche gerade die Eigenstaatlichkeit in unzweideutiger Weise festlegt und anerkennt, sodass dieses Abkommen selbstverständlich nicht eine Etappe auf dem Wege zu irgendeinem ‚späteren Zusammenschluss‘ mit dem Deutschen Reich darstellen kann.“<sup>29</sup> Im Ausland gut verwertbar war in diesem Zusammenhang auch die – propagandistische – Rundfunkansprache Schuschniggs vom 12. Juli 1936, worin der Bundeskanzler nicht nur das Bekenntnis zur Selbstständigkeit Österreichs und zu den Ideen des Völkerbundes bekräftigte, sondern auch explizit jeden innen- wie außenpolitischen Kurswechsel dementierte.<sup>30</sup>

„Groß soll das Erstaunen und lang die Gesichter gewesen sein“, wusste der österreichische Gesandte Stefan Tauschitz aus dem Reichspropagandaministerium in Berlin zu berichten, wo angeblich nur ein ausgewählt kleiner Personenkreis um Hitler in die Verhandlungen zum Juliabkommen eingeweiht gewesen sein soll. Weitgehende Diskretion hatte im Vorfeld auch in Wien geherrscht, sodass die am Abend des 11. Juli 1936 im Radio verkündete Verlautbarung „die Wirkung der Bombe“ erst recht erhöhte. Was allerdings – im Gegensatz zum radikalen Parteiflügel der NSDAP – die Aufnahme des Abkommens in der deutschen Öffentlichkeit betraf, meinte Tauschitz, „dass selten einmal das gesamte deutsche Volk einer Maßnahme des Dritten Reiches so ungeteilt und so freudig zugestimmt hat“ wie im gegenständlichen Fall.<sup>31</sup>

Freude über die Einigung zwischen Wien und Berlin herrschte auch bei der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die – ungeachtet weltanschaulicher Präferenzen – eine Annäherung an Deutschland jener zu Italien deutlich vorzog. Ambivalent reagierten – ebenso wie ihre reichsdeutschen Parteigenossen – die österreichischen Nationalsozialisten. Trotz der gerade für sie mit dem Juliabkommen einhergehenden Vorteile, fürchteten sie negative Folgen für die illegale Organisation ihrer Partei. Zudem fehlte vielen das Verständnis für die vermeintlichen Konzessionen Berlins an das verhasste österreichische Regierungssystem. Bestürzung und offene Ablehnung rief das Gentleman-Agreement verständlicherweise bei

---

dass Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.“ – Zit. nach Volsansky, Pakt auf Zeit, Anhang I, 285.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> ADÖ 10/1653.

<sup>30</sup> Wiener Zeitung, Nr. 191 vom 13. 7. 1936.

<sup>31</sup> ADÖ 10/1668.

den österreichischen Legitimisten hervor, die eine Habsburgerrestauration nun in weite Ferne gerückt sahen. Gerade wegen der in der Vergangenheit demonstrativ zur Schau getragenen Nähe des Bundeskanzlers zum schwarz-gelben Lager war die Enttäuschung und Verbitterung nun umso größer. Deutliche Aversion gegen die Aussöhnung mit NS-Deutschland hegte natürlich auch die seit 1934 aus der Illegalität beziehungsweise dem Ausland agierende linke Opposition Österreichs, die in Schuschnigg jetzt zu allem Überfluss auch noch den „Wegbereiter der Nazi und Werkzeug der faschistischen Kriegspolitik“ erblickte.<sup>32</sup>

Im Punkt IXb des vertraulichen Gentleman-Agreements hatte sich Wien verpflichtet, „Vertreter der bisherigen sogenannten ‚nationalen Opposition in Österreich‘ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers genießen und deren Auswahl er sich vorbehält“.<sup>33</sup> Schuschniggs durchaus geschickte Wahl fiel auf zwei im österreichischen Regierungssystem bereits gut integrierte Deutschnationale aus dem gemäßigten Lager, die beide zudem schon wesentlich in die Vorverhandlungen zum Juliabkommen eingebunden gewesen waren: Der Diplomat Guido Schmidt<sup>34</sup> kam aus dem Kabinett des Bundespräsidenten und übernahm nun am 11. Juli 1936 als Staatssekretär das österreichische Außenamt. Deutlicher konnte die „Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik der deutschen Reichsregierung“, wie es in Punkt VIII des Gentleman-Agreements hieß, kaum zum Ausdruck gebracht werden. Der angesehene Generalstabsoffizier und Historiker Edmund Glaise-Horstenau war der Direktor des Wiener Kriegsarchivs. Als Vertrauensmann Schuschniggs war er im Vorfeld des Juliabkommens in Begleitung von Papens zu den Abschlussverhandlungen mit Hitler auf den Obersalzberg gefahren. Nun wurde er in Folge des Juliabkommens als Gewährsmann des nationalen Lagers und Minister ohne Portefeuille in die österreichische Bundesregierung berufen.<sup>35</sup> Nach der Regierungsumbildung am 3. November 1936, die letzten Endes eine weitere Stärkung des nationalen Elements bedeutete, übernahm er dann das allerdings um den Si-

<sup>32</sup> Zit. nach Wolfgang Neugebauer, Der „Austrofaschismus“ in der Sicht von Sozialisten und Kommunisten. In: „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, ed. Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Wien 21984) 208; zur Reaktion in Österreich auf das Juliabkommen außerdem Volsansky, Pakt auf Zeit 38ff.; zur „Verwirrung“ im nationalen Lager Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 261f.

<sup>33</sup> ADÖ 10/1640; außerdem Volsansky, Pakt auf Zeit, Anhang 1, 292.

<sup>34</sup> Jürgen Nautz, Schmidt, Guido. In: Neue Deutsche Biographie 23 (Berlin 2007) 190.

<sup>35</sup> Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Bd.2: Minister im Ständestaat und General im OKW, ed. Peter Broucek (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 70, Wien-Köln-Graz 1983) 76; zu seiner Biographie außerdem Gertrude Enderle-Burcel, Johannes Kraus, Christlich – Ständisch – Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934-1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages (Wien 1991) 84ff.

cherheitsapparat beschnittene Schlüsselressort des Inneren. Bei aller Unzufriedenheit über das Tempo der nationalsozialistischen Infiltration im allgemeinen und über die innenpolitischen Schachzüge Schuschniggs im Besonderen war der „deutsche Weg“ im Herbst 1936 aus der Sicht Berlins doch schon recht erfolgreich beschritten.

Ebenso deutlich wie im Inneren begann sich der „deutsche Weg“ nach dem Juliabkommen nun auch in der Außenpolitik Österreichs abzuzeichnen. So ist ab Sommer 1936 eine weitere internationale Isolierung Österreichs deutlich erkennbar, auch wenn Schuschnigg von der von Berlin vorgegebenen gesamtdeutschen Linie nach Möglichkeit abzuweichen trachtete. Dies galt zunächst – gegen den Willen der Wilhelmstraße aber auch Italiens – für den Verbleib Österreichs im Völkerbund, der für Wien bei aller Reformbedürftigkeit, die der Ballhausplatz einräumte, „die Brücke nach dem Westen, insbesondere zu England“ darstellte.<sup>36</sup>

Diese Brücke, namentlich eben jene zu Großbritannien, erwies sich allenfalls als moralische Unterstützung, was spätestens gegen Jahresende 1936 klar wurde. Gewohnt pragmatisch und erstaunlich realistisch behielt sich London jegliche „bündigen Zusicherungen einer Hilfeleistung außerhalb des Rahmens des brüchig gewordenen Völkerbundes“ vor und nahm stattdessen die „günstigere Wirtschaftslage und das Entgegenkommen, das [Österreich] seitens Italiens und Deutschlands in dieser Beziehung gezeigt werde“, mit Befriedigung zur Kenntnis.<sup>37</sup> Im Gegensatz zu Frankreich hatte Westminster ja auch schon bisher einen weitgehend ökonomisch bestimmten Zugang zur „Österreichfrage“ bewiesen.<sup>38</sup> Immerhin galt der britische Gesandte in Österreich, Sir Walford Selby, noch als entschiedener Anhänger einer österreichischen Unabhängigkeit, während sein jetzt nach Berlin entsandter Amtskollege, Sir Nevile Henderson, als ausgesprochener Anschluss- und Deutschlandfreund bereits den Zeichen der Zeit entsprach.<sup>39</sup>

Als der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodža anlässlich der Krönung Georgs VI. in London im Mai 1937 versuchte, die britische Regierung auf eine formale Beistandsverpflichtung festzulegen,<sup>40</sup> stieß dieser verzweifelte Vorstoß auf wenig Verständnis. Jedenfalls gewann die zu den royalen Feierlichkeiten ebenfalls anwesende österreichische Delegation den Eindruck, dass die „aufdringliche und

<sup>36</sup> ADÖ 11/1699; außerdem Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 264.

<sup>37</sup> Der österreichische Gesandte in London, Georg Franckenstein, bezog sich dabei konkret auf die Aussagen des britischen Außenministers Sir Anthony Eden vor dem Unterhaus – ADÖ 11/1709; vgl. dazu auch Wagnleitner, Die britische Österreichpolitik 78.

<sup>38</sup> Siehe dazu eingehend Siegfried Beer, Der „unmoralische“ Anschluss. Britische Österreichpolitik und Appeasement 1931-1934 (Wien-Köln-Graz 1988).

<sup>39</sup> Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich (Wien-München 1978) 394; Christoph Mentschl, Zur Tätigkeit des deutschen Gesandten und späteren Botschafters „in besonderer Mission“ Franz von Papen in Wien (phil. DA Wien 1991) 183f.; außerdem Nevile Henderson, Failure of a Mission: Berlin 1937-1939 (New York 1940).

<sup>40</sup> Siehe dazu die entsprechende Ankündigung Hodžas im März 1937 dem österreichischen Bundeskanzler gegenüber – ADÖ 11/1733.

nervöse Sprache Hodžas [...] von Eden keineswegs gebilligt, hingegen unsere gerade Linie taktvoller, ruhiger und konsequenter Politik, die Reizungen benachbarter Großstaaten vermeide [sic!], vollauf gutgeheissen“ werde.<sup>41</sup> Ganz im Sinne der von Großbritannien eingeschlagenen Appeasementpolitik war dann auch die Bemerkung des britischen Außenministers, bei künftigen Verhandlungen mit Deutschland, „das ausgesprochene Interesse Englands an [der] Erhaltung [des] Friedens in Mitteleuropa und ganz besonders an [der] Unantastbarkeit Österreichs deutlich zu unterstreichen. Seiner Auffassung nach wäre es von sicherer Wirkung, wenn Deutschland über die gegebenenfalls von England einzunehmende Haltung im Zweifel gehalten und dadurch vor unüberlegter Handlung abgeschreckt würde. Er teilt unseren Standpunkt, dass [eine] ausdrückliche ‚Garantie‘ [...] provozierend wirken und daher unerwünschte Reaktion auslösen würde.“<sup>42</sup> Eleganter konnte man sich des leidigen Problems jedenfalls nicht entledigen, in der Österreichfrage klar und deutlich Stellung zu beziehen.

Von vornherein wenig Vertrauen in die Tragfähigkeit der Brücke nach dem Westen hatte Österreich in Bezug auf Frankreich, das im Lauf des Jahres 1936 vor allem angesichts der neuen Achse zwischen Berlin und Rom dramatisch an Macht und Einfluss verloren hatte. So entwickelte Paris im Hintergrund zwar deutlich mehr Aktivität zur Rettung seiner mitteleuropäischen Einflusssphäre als nach außen hin wahrnehmbar, doch im Grunde waren dies nur mehr ergebnislose Rückzugsgefechte. Das ohnedies schwierige Verhältnis zwischen dem Quai d'Orsay und dem Ballhausplatz hatte unter dem Juliabkommen deutlich gelitten.<sup>43</sup> Die bereits erwähnte schroffe Reaktion des neuen Herren am Ballhausplatz, Guido Schmidt, auf die französischen Bedenken gegen das Abkommen hatte den außenpolitischen Stimmungswandel mehr als deutlich gemacht.<sup>44</sup> Dementsprechend kühl und dürftig gestalteten sich daher auch die bilateralen Beziehungen zwischen Wien und Paris ab der zweiten Jahreshälfte 1936. Argwöhnisch beäugte Frankreich jeden Hinweis auf das Verhältnis Österreichs zu Deutschland. Verbale Bekenntnisse zur staatlichen Unabhängigkeit der Alpenrepublik wurden dabei stets begrüßt, jegliche Kontakte Wiens nach Berlin dagegen mit Misstrauen bedacht.<sup>45</sup> Im Grunde genommen musste die – im Übrigen erste linke – Pariser Regierung froh sein,

<sup>41</sup> ADÖ 11/1754.

<sup>42</sup> ADÖ 11/1754; in diesem Sinne auch der britische Unterstaatssekretär Sir Robert Vansittart – ADÖ 11/1753. Daraufhin ließ Wien durch seinen Gesandten Franckenstein in London anfragen, ob die britische Position „zum Ausgangspunkt für [die] Konversation in Paris genommen und darauf hingewirkt werden [könne], dass französischerseits eine möglichst analoge, ebenso freundschaftliche, aber auch ebenso diskrete [sic!] Stellung eingenommen werde“. – ADÖ 11/1755.

<sup>43</sup> Angerer, Frankreich und das Juliabkommen 185-194.

<sup>44</sup> ADÖ 10/1662.

<sup>45</sup> Konkret ging es dabei etwa um den Besuch Staatssekretär Schmidts in Berlin vom 19. - 21. November 1936 bzw. um die Ansprache Schuschniggs in Klagenfurt am 26. November 1936, worin dieser den Nationalsozialismus als einen der drei Hauptgegner der „Staatsexistenz

dass Frankreich in der Vergangenheit Österreich gegenüber keinerlei formale Beistandspflicht übernommen hatte. Im Gegensatz zu früher verspürte man allerdings am Ballhausplatz weit weniger Bereitschaft, die Herren am Quai d'Orsay Österreich gewogen zu stimmen.

Ähnliches galt im Grunde auch für den Schutzbefohlenen Frankreichs – die Tschechoslowakei. Allerdings war Schuschnigg im Falle Prags sehr wohl darauf bedacht, den engen Kontakt nach Möglichkeit und vor allem gegen die Agitationen Berlins zu halten. In diesem Sinne versicherte er der Prager Führung, dass das Juliabkommen keine gegen die Tschechoslowakei gerichtete Geheimklausel enthalte und dass sich im Verhältnis Österreichs zu seinem nördlichen Nachbarn „durch dieses Abkommen gegen früher nichts geändert habe“ und dass Wien „auch weiterhin auf gut freund-nachbarliche Beziehungen, soweit es eben nur geht, Gewicht legen“ werde.<sup>46</sup> Soweit es eben nur geht – das war realistisch betrachtet und ohne die üblichen diplomatischen Schalmeienklänge das Eingeständnis des Ballhausplatzes zur Gestaltung des künftigen außenpolitischen Verhältnisses zum Hradschin. Daraus sogar einen Gewinn aus dem Juliabkommen für die Tschechoslowakei abzuleiten, wie Krofta dies etwa vor dem Parlament wagte,<sup>47</sup> war wohl mehr dem Mut der Verzweiflung als einem realpolitischen Kalkül geschuldet. Mehr solcher „Gewinne“ bedeuteten das Ende der Kleinen Entente und eines national ausgewogenen Mitteleuropakonstrukts, das immerhin das *Ceterum censeo* der tschechischen Außenpolitik während der gesamten Zwischenkriegszeit dargestellt hatte. Der reine Wunsch als Vater des Gedankens zeigte sich auch, als Krofta schon im Sommer 1936 – die Friedensabsichten Hitlers voraussetzend – davon phantasiert hatte, dass die Römer Paktstaaten nach der Einbeziehung Deutschlands „jetzt nur noch die Kleine Entente [zur Teilnahme] einzuladen“ hätten, „und Mitteleuropa wäre fertig“.<sup>48</sup> Ungeachtet dessen drängte Prag – unterstützt von Frankreich – im Herbst 1936 darauf, die militärpolitischen Verpflichtungen der Kleinen Entente angesichts des Juliabkommens zu erweitern, erhielt aber aus Belgrad postwendend eine Absage.<sup>49</sup>

Obwohl Schuschnigg nicht zuletzt auch aus sehr persönlicher Sympathie für seinen tschechoslowakischen Amtskollegen Hodža ein gutes Einvernehmen mit Prag suchte und dabei seinen neuen – national gesinnten – Außenminister Schmidt durchaus auch konterkarierte, vollzog der Ballhausplatz nach dem Juliabkommen doch eine deutliche außenpolitische Kurskorrektur gegenüber der Tschechoslowakei. So anerkannte man zwar die besonnene Reaktion Prags und hier nament-

---

Österreichs“ gebrandmarkt hatte – ADÖ 11/1708; zur Klagenfurter Rede des Bundeskanzlers siehe Wiener Zeitung, Nr. 327 vom 27. 11. 1936.

<sup>46</sup> ADÖ 11/1676; vgl. dazu auch Lill, Die Tschechoslowakei 383, allerdings mit differierenden Datumsangaben.

<sup>47</sup> Ebd. 383.

<sup>48</sup> ADÖ 10/1655.

<sup>49</sup> Suppan, Jugoslawien und Österreich 1206.

lich eben jene Hodžas, allerdings hielt man dezidiert fest, dass die Hinwendung „in der Richtung nach Moskau und Paris, den radikal linksorientierten Zentren der heutigen europäischen Politik [...] nicht ohne Einfluss auf die Erwägungen der österreichischen Bundesregierung bleiben“ würde.<sup>50</sup> Nun sah sich – tempora mutantur – plötzlich Prag in der Defensivrolle „als kleiner Staat, der von Feinden umringt sei“ und der sich deshalb „nach Bundesgenossen umsehen“ müsse, „weil man sich ja schließlich und endlich mit Erfolg zur Wehr setzen wolle“.<sup>51</sup> Dazu passte auch, dass die Tschechoslowakei unmittelbar nach dem Abschluss des Juliabkommens damit begonnen hatte, seine Verteidigungsanlagen an der Grenze zu Niederösterreich auszubauen.<sup>52</sup>

Ein weiteres wesentliches Element in der Gestaltung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen stellte die „Sudetendeutsche Partei“ unter Konrad Henlein dar: Nach dem Juliabkommen suchte diese nun auf einmal die Annäherung an Österreich als „zweites großes deutsches Kulturzentrum, [um] ein wohlthuendes [...] Gegengewicht zu den kulturellen, weltanschaulichen und politischen Einflüssen, die aus Berlin herüberspielen“, herzustellen.<sup>53</sup> Der tschechoslowakischen Regierung war dies gar nicht unrecht, da ihr das kleine christlichsoziale Österreich in der Schutzmachtrolle für die mittlerweile zur zweitstärksten Parlamentsfraktion aufgestiegene SdP allemal lieber war als das mächtige Deutsche Reich. Zudem wusste Wien mit den Avancen der Sudetendeutschen nichts rechtes anzufangen, verhielt sich loyal zur Prager Führung und erwog sogar, sich als Vermittler zwischen den Streitparteien in der Tschechoslowakei anzubieten. Jedenfalls attestierten die Tschechen den Österreichern im Zusammenhang mit den sudetendeutschen Verbänden ein „in jeder Beziehung musterhaftes Verhalten“, was natürlich – trotz des Juliabkommens – entscheidend zum bilateralen Klima zwischen den beiden Nachbar- und Nachfolgestaaten der Monarchie beitrug.<sup>54</sup>

Einen konstruktiven Beitrag in diese Richtung sollte auch der Besuch Hodžas Ende März 1937 in Wien leisten. Das letzte Treffen mit seinem Amtskollegen Schuschnigg lag zu diesem Zeitpunkt bereits genau ein Jahr zurück.<sup>55</sup> Da jedes Treffen von der deutschen Presse mit Argusaugen verfolgt wurde, kam man überein, relativ belanglose Randthemen administrativer Natur vorzuschieben. Tatsächlich standen natürlich die außenpolitische Situation der Tschechoslowakei und ihr Verhältnis zu Deutschland im Zentrum des ausführlichen Gesprächs zwischen den beiden befreundeten Regierungschefs. So wußte Hodža von aktuellen Versuchen Berlins zu berichten, mit Prag „anzubandeln“, während Rom nach wie vor

---

<sup>50</sup> ADÖ 10/1655.

<sup>51</sup> ADÖ 10/1669.

<sup>52</sup> Lill, Die Tschechoslowakei 382.

<sup>53</sup> Zit. nach Lill, Die Tschechoslowakei 388.

<sup>54</sup> Ausführlich dazu Lill, Die Tschechoslowakei 388f.

<sup>55</sup> ADÖ 10/1595.



vollkommen ablehnend reagiere.<sup>56</sup> Über die – allerdings wechselseitigen – Versöhnungsgesten zwischen Berlin und Prag hatte sich der österreichische Gesandte Ferdinand Marek schon Monate zuvor leicht spöttisch ausgelassen.<sup>57</sup> Insofern dürfte Schuschnigg durch diese Eröffnung nicht sonderlich überrascht gewesen sein, während die Versicherung, dass es zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion kein militärisches Bündnis gebe, zwar ebenfalls nicht neu, allerdings unzutreffend war. Allerdings könne man es „der Tschechoslowakei letzten Endes nicht übel nehmen, dass sie in ihrer schwierigen Lage sich auf einen Großstaat stütze“. Darüber hinaus setze er persönlich mehr auf England als auf Frankreich. Im Rahmen seines bevorstehenden Londonbesuches beabsichtige er jedenfalls, die Westmächte auf einen Beistand im Falle eines „deutscherseits gesetzten fait accomplis gegen die Tschechoslowakei“ festzulegen. Schuschnigg betonte in diesem Zusammenhang die völlige Interessengleichheit beider Länder, räumte aber ein, dass es „natürlich für Österreich ausgeschlossen [sei], irgendwann oder irgendwie als Bundesgenosse der Tschechoslowakei aufzuscheinen.“<sup>58</sup>

Trotz der im Grunde amikal und friktionsfrei verlaufenen Begegnung zwischen den beiden Regierungschefs war der Ballhausplatz peinlich darum bemüht, einen weiteren „Staatsbesuch“ aus der Tschechoslowakei in Form eines Durchreisestops in Wien durch Beneš zu vermeiden. Die diplomatische Begründung lautete, dass eine – weitere – solche Visite „die so notwendigen guten Beziehungen eher stören als fördern würde“, da „angesichts der gegenwärtigen Nervosität [...] hinter jedem privaten Besuch sofort weit reichende politische Zusammenhänge“ vermutet würden. „Eine übelwollende, nach Sensationen haschende Kommentierung im Ausland“ würde das Übrige dazu beitragen, um ein solches Treffen dann in einem schiefen Licht erscheinen zu lassen.<sup>59</sup> Abgesehen davon dürfte man in Wien wohl immer weniger an den politischen Fantasiegebilden und Wortkaskaden des tschechoslowakischen Staatspräsidenten interessiert gewesen sein. Die verbleibende und nur mehr rein protokollarische Frage, ob denn bei der Zwischenstation Beneš' am Bahnhof in Wien auch der österreichische Bundeskanzler persönlich erscheinen würde, versah Staatssekretär Schmidt jedenfalls mit der spitzen Randbemerkung, „oho, das ist zuviel verlangt!“<sup>60</sup>

Die galante Ausladung in Wien parierte das Protokoll am Hradschin kurzerhand mit einer Änderung der Reisepläne des Präsidenten, der sich in der Folge eben am österreichischen Gesandten schadlos hielt. „Seiner Gewohnheit folgend, hielt mir sodann Herr Dr. Beneš einen längeren Vortrag“, berichtete Marek mit leise ironischem Unterton nach Wien. Bei dieser Gelegenheit diente sich der tschecho-

<sup>56</sup> ADÖ 11/1733.

<sup>57</sup> ADÖ 11/1710.

<sup>58</sup> ADÖ 11/1733; außerdem ADÖ 11/1732.

<sup>59</sup> Zit. nach Lill, Die Tschechoslowakei 405; zur Absage des Beneš-Besuches in Wien auf seiner Durchreise von einer Konferenz der Kleinen Entente in Belgien – ADÖ 11/1735.

<sup>60</sup> ADÖ 11/1735, Anm. 3.

slowakische Staatspräsident einmal mehr als spiritus rector einer mitteleuropäischen Friedenslösung an, allein sein Ton war deutlich weniger gönnerhaft als in den Jahren zuvor. Als Marek den gewohnten Ausflug Beneš' in die große Weltpolitik unterbrach, um konkrete Ergebnisse der jüngsten Konferenz der Kleinen Entente in Erfahrung zu bringen, zeigte sich der Präsident dagegen zugeknöpft. Lediglich bezüglich der anhaltend schwierigen Situation mit Ungarn wollte er sich nur dahingehend äußern, dass für die Ententestaaten bloß eine multilaterale Vertragslösung mit Budapest in Frage käme, was Marek allerdings zu der Vermutung veranlasste, dass separate, jeweils also bilaterale Verhandlungen mit der Zustimmung der Bündnispartner sehr wohl denkbar wären.<sup>61</sup> Jugoslawien hatte dies ja eben erst durch seinen Freundschafts- und Handelsvertrag mit Italien<sup>62</sup> vorexerziert und damit erstmals einen außenpolitischen Sonderweg außerhalb der Kleinen Entente beschritten. Mit geradezu verdächtiger Beredsamkeit versuchte Beneš den österreichischen Gesandten sodann davon zu überzeugen, dass Prag überhaupt nichts gegen diesen Alleingang Belgrads einzuwenden hätte. Ganz im Gegenteil – wie der Präsident nicht müde wurde zu betonen – warum sollte denn die Tschechoslowakei gegen einen Vertrag sein, durch den ihr Bundesgenosse nur Vorteile habe. Dies gelte im Übrigen auch für Rumänien, falls es sich zu einem ähnlichen Vertrag mit Italien entschließen sollte.<sup>63</sup> Selten wurde ein Macht- und Einflussverlust bei gleichzeitig zunehmender außenpolitischer Isolierung so enthusiastisch in Erfolg umgemünzt wie hier im Fall der Tschechoslowakei durch deren Präsidenten. Aber erinnern wir uns, der große Staatsmann Beneš hatte ja auch schon verstanden, ausgerechnet das Juliabkommen als Dienst an seinem Land umzufunktionieren.<sup>64</sup> Was also sollte ihn jetzt daran hindern, den langsamen Zerfall seiner Kleinen Entente als Glücksfall zu verkaufen?

Es war also kein Wunder, dass Schuschnigg „Herrn Hodža persönlich hoch einschätzte, nicht aber Dr. Beneš“, wie er Mussolini gegenüber freimütig eingestand, nachdem er dem Duce ausdrücklich versichert hatte, keinen „Versuch einer politischen Bindung mit der Tschechoslowakei zu machen“, da die beiden Länder – abgesehen von wirtschaftlichen Beziehungen – nur das gemeinsame Interesse teilten, „nicht von Deutschland angegriffen zu werden“.<sup>65</sup> Darüber hinaus sei alleine schon die innenpolitische Struktur der Tschechoslowakei in Österreich nicht vermittelbar, was Mussolini zur ebenso selbstbewussten wie gleichermaßen beherrschenden Feststellung veranlasste, dass diese in den „meisten anderen Ländern, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und Englands, gewisse Hemmungen“ hervorrufe. „In England neige die Entwicklung gleichfalls nach links und man spreche bereits von Volksfront-Tendenzen, auch ein Teil der anglikanischen Kirche

---

<sup>61</sup> ADÖ 11/1749.

<sup>62</sup> Monatshefte für Auswärtige Politik 4 (1937) 303-308.

<sup>63</sup> ADÖ 11/1749.

<sup>64</sup> Siehe Anm. 13.

<sup>65</sup> ADÖ 11/1746.



predige für das rote Spanien und die innere Lage Englands ähne immer mehr der Frankreichs, letztere aber sei sicherlich sehr schlecht.“<sup>66</sup> Tatsächlich scheute sich die Tschechoslowakei nicht, nun bei jeder Gelegenheit die rote Moskau-Karte zu ziehen, auch wenn diese angeblich nur der „Rückversicherung“ diene.<sup>67</sup>

Beneš fuhr indessen fort, mit abnehmendem Realitätsbezug, dafür aber mit zunehmender Euphorie, die Rolle der Tschechoslowakei nicht nur mehr beschränkt auf sein geliebtes „Mitteleuropa“ hervorstreichen: „Wir werden so manchem, auch großen Kulturstaat, um 20 Jahre voraus sein. Wir sind es in der sozialen Gesetzgebung vor Frankreich und vor Amerika und wir werden es demnächst in der Frage der Minoritäten vor allen Ländern sein.“<sup>68</sup> Angesichts dieser Diktion hat es fast den Anschein, als hätte sich der tschechoslowakische Staatschef den neuen sowjetischen Verbündeten zum Vorbild genommen.

Es wäre ihm „äußerst unangenehm, sich von Moskau aus retten lassen zu müssen“, gab Hodža zu, als es Ende September 1937 erneut zu einem Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler kam.<sup>69</sup> Aus Furcht vor einem neuerlichen Pressesturm verlief der kurze Besuch Schuschniggs bei dem in Baden bei Wien zur Kur weilenden tschechoslowakischen Gast unter strenger Geheimhaltung.<sup>70</sup> Ein besonderes Anliegen war Hodža dabei das Verhältnis zu Ungarn. Immerhin ging er so weit, Schuschnigg um Vermittlung im Sinne einer Annäherung zwischen Prag und Budapest zu ersuchen. Ohne davon Kenntnis zu haben, witterte die deutsche Presse jedenfalls eine Verschwörung und reagierte mit einem von Berlin geschickt inszenierten Sturm der Empörung. Statt einer angesichts der deutschen Bedrohung theoretisch denkbaren Achse Prag-Wien-Budapest dämonisierten die deutschen Medien ein Linksbündnis Wiens mit Prag, Paris und sogar Moskau. Dass die NS-Führung hier tatsächlich ihrer eigenen Propaganda erlag,<sup>71</sup> darf jedoch bezweifelt werden, zumal Berlin der Schuschnigg-Regierung alles vorwerfen konnte, außer mit dem Sozialismus gemeinsame Sache zu machen. Dieser war allerdings sehr

<sup>66</sup> ADÖ 11/1746.

<sup>67</sup> ADÖ 11/1749.

<sup>68</sup> ADÖ 11/1763.

<sup>69</sup> ADO 11/1779.

<sup>70</sup> „Ich vergass nicht zu erwähnen“, meldete der österreichische Gesandte aus Prag, „dass es Herrn Bundeskanzler derzeit nicht leicht fallen würde, Herrn Dr. Hodža in der Tschechoslowakei aufzusuchen, dass Herr Bundeskanzler aber gerne einen Besuch des Herrn Ministerpräsidenten in der Wiener Privatwohnung, allenfalls zu einem intimen Frühstück, empfangen würde [...] Im Übrigen habe er [Hodža] keine Prestigegelüste und werde sehr gerne auch nach Österreich kommen, nur möchte er nicht, dass man ihm nachsage, er fahre fortwährend nach Wien, um mit dem österreichischen Bundeskanzler zu sprechen, und deshalb wäre es gut, wenn sein Besuch diesmal ganz geheim bleiben könnte, ohne dass darüber ein Kommuniké erscheinen würde [...] Schließlich machte Herr Dr. Hodža folgenden konkreten Vorschlag: Er werde jetzt schon in den tschechoslowakischen Blättern verlautbaren lassen, dass er [...] einen kurzen Erholungsurlaub antreten werde und er wolle dann zwischen dem 25. und 28. September [1937] ein Weekend in Baden bei Wien verbringen.“ – ADO 11/1778.

<sup>71</sup> Siehe dazu Lill, Die Tschechoslowakei 408, besonders Anm. 86.

wohl ein Gesprächsthema in Baden, allerdings eben nicht in der von Hitler bezichtigten Art und Weise. Vielmehr sondierte Hodža nach einem Gespräch mit Léon Blum, dem sozialistischen Premierminister Frankreichs, weshalb die Wiener Regierung denn keine Wahlen durchführe und sich mit den Sozialisten nicht auf eine Zusammenarbeit einige, da dies „der sicherste Wall gegen eine Überflutung durch Nationalsozialisten sei“. Schuschnigg wies dieses Ansinnen entschieden zurück, da es völlig ausgeschlossen sei, die ehemaligen Sozialistenführer in die Vaterländische Front zu integrieren. Ein solcher Schritt würde „alle anderen vaterländischen Elemente aus der Front vertreiben, überdies seien diese ehemaligen Führer zum Teil überaltert und auch verjudet.“ Aufschlussreich ist diesem Zusammenhang die von Schuschnigg gleich mitgelieferte Begründung für den Antisemitismus ständestaatlicher Prägung, wonach dieser „keine rassenideologische Angelegenheit, sondern der Ausdruck der Gegenwehr seitens jener Bevölkerungsschichten sei, die durch die starke jüdische Zuwanderung [sic!] wirtschaftlich verdrängt worden seien.“<sup>72</sup> Wie man sieht, auf die österreichische Regierung war Verlass – zumindest von Hitlers Warte aus. Tatsächlich dürfte dies in Berlin auch nie ernsthaft in Zweifel gezogen worden sein. Die anderslautende Propaganda diene ausschließlich dem Zweck, Österreich in Misskredit zu bringen, damit den Druck zu erhöhen und so einen „Anschluss“ entsprechend vorzubereiten.

In Prag rechnete man Ende September 1937 jedenfalls bereits damit, dass Berlin einen Grenzkonflikt provozieren würde, um dann einen Interventionsfall in der Tschechoslowakei ausnützen zu können. Angesichts dieser Bedrohung hatte sich die tschechoslowakische Regierung vermehrt um eine Sicherheitsgarantie bemüht, doch „mit England sei es bekanntlich immer sehr schwer“, klagte Hodža, „doch hoffe er, dass auch die Engländer allmählich einlenken“.<sup>73</sup> Von Frankreichs Lippenbekenntnissen war dagegen überhaupt keine Rede mehr. Auch innerhalb der Kleinen Entente hatten sich die Verhältnisse zum schlechteren gewandelt. So hatte sich die neue Freundschaft zwischen Belgrad und Rom zwar schon deutlich abgekühlt, doch auf seinen jugoslawischen Amtskollegen Milan Stojadinović verlassen, wollte sich Hodža nicht. Dieser sei „ein ausgesprochener Zyniker und mache Politik nach den Methoden eines Kaufmannes und beurteile alles nur nach Bilanzmöglichkeiten.“<sup>74</sup>

Tatsächlich – um nun Jugoslawien in das Blickfeld der Betrachtung zu rücken – herrschte in Belgrad Pragmatismus vor. So hatte sich Jugoslawien nach dem Juliabkommen damit getröstet, dass damit nun einerseits die Restaurationsgefahr gebannt schien, und andererseits, dass Österreich durch die Annäherung an Deutschland automatisch auch aus der Machtsphäre Italiens rücken würde. Vor diesem Hintergrund verlor die Unabhängigkeit Österreichs und damit die Angst

---

<sup>72</sup> ADÖ 11/1779.

<sup>73</sup> ADÖ 11/1779.

<sup>74</sup> ADÖ 11/1779.

vor einem „Anschluss“ für die Belgrader Regierung an Bedeutung. Für diese war die Entwicklung des Verhältnisses zum faschistischen Italien wesentlich relevanter. Aufgrund dieser spezifischen Interessenlage hatte Stojadinović ja bereits im Herbst 1936 den tschechoslowakischen Wünschen nach einer Erweiterung der militärpolitischen Verpflichtungen innerhalb der Kleinen Entente eine Absage erteilt.<sup>75</sup> Parallel zu einem zunehmend prodeutschen Kurs, suchte Stojadinović nun auch eine Annäherung an Italien, was der österreichische Gesandte am Quirinal und ehemalige Außenminister, Egon Berger-Waldenegg, bereits Ende Oktober 1936 nach Wien zu melden wusste. Rumänien, das dritte Land im Verband der Kleinen Entente, „würde dann von selbst nachfolgen“ und für die Tschechoslowakei schien dem launigen Diplomaten damit „der Drucksatz für den Partezettel bereits fertiggestellt“.<sup>76</sup> Für das mit Belgrad immerhin verbündete Prag war Italien dagegen kein Thema, „ganz unzuverlässig [und] unmöglich, sich auf Italien zu verlassen“.<sup>77</sup>

Wie beharrlich sich die völlig überzogene Habsburgerphobie in Jugoslawien trotz des Juliabkommens dann doch noch gehalten hatte, zeigt die Tatsache, dass Stojadinović noch im Frühjahr 1937 auf „eine gewissermaßen bindende Erklärung“ des Palazzo Chigi Wert legte, wonach sich Italien gemeinsam mit Deutschland in der Restaurationsfrage mit Jugoslawien auf einer gemeinsamen Linie der Ablehnung befände. Entscheidender als dieses leidige Thema der Zwischenkriegszeit war aber die freimütige Feststellung Stojadinovićs, dass es Jugoslawien „nicht einfallen würde, für die Selbstständigkeit Österreichs zu kämpfen“, es eine „Aufrechterhaltung des status quo [aber] wünschen würde“. Gleichsam unterstrichen wurde diese Position durch ein Bonmot des jugoslawischen Ministerpräsidenten, das beim italienischen Außenminister Galeazzo Ciano für soviel Heiterkeit sorgte, dass er meinte, den Witz seinem Schwiegervater, dem Duce, erzählen zu müssen: „Den Kapaun Österreich, wenn er fett ist, werden nicht wir verspeisen, sondern Berlin.“<sup>78</sup>

Anfang Juni 1937 ließ sich Jugoslawien die strikte Ablehnung einer Habsburgerrestauration dann auch direkt von Deutschland bestätigen, als Konstantin von Neurath Belgrad einen offiziellen Besuch abstattete. Bei dieser Gelegenheit drohte der deutsche Außenminister dem österreichischen Gesandten ganz im Konsens mit Jugoslawien: „Wenn Sie Selbstmordabsichten haben, dann versuchen Sie die

---

<sup>75</sup> Später nahm Hodža diese Absage Belgrads zum Anlass, um über den Wert einer solchen militärischen Beistandspflicht innerhalb der Kleinen Entente zu rasonieren, denn „was würden ihm schon drei Divisionen nützen, die ihm die Jugoslawen vielleicht im Falle eines Angriffs durch Deutschland zu Hilfe schicken würden und die er noch dazu erst ausrüsten müsste. Abgesehen davon, dass weder Österreich noch Ungarn das jugoslawische Militär durchlassen würde und der Weg über Rumänien und Karpathorusland sei weit.“ – ADÖ 11/1736.

<sup>76</sup> ADÖ 11/1686.

<sup>77</sup> ADÖ 11/1736.

<sup>78</sup> ADÖ 11/1740; außerdem Suppan, Jugoslawien und Österreich 1210.

Restauration, dann sind Sie wenigstens gleich tot.“<sup>79</sup> Das war jedenfalls deutlich genug, um jetzt selbst in Jugoslawien das mit Paranoia verfolgte Dauerthema von der politischen Tagesordnung zu nehmen.<sup>80</sup> Zufrieden konnte Stojadinović auf die gemeinsame Linie mit Deutschland verweisen und sich „aufrichtig“ die Unabhängigkeit und Prosperität Österreichs als Nachbarn wünschen. Zugleich gab er dem Reichsaußenminister aufrichtig zu verstehen, dass er sich nicht mehr für die Unabhängigkeit Österreichs einsetzen würde und ebenso aufrichtig gestand er im kleinen Kreis, dass „er an eine drohende Anschlussgefahr glaube und nur wünsche, diesen Augenblick mit Rücksicht auf die damit verbundenen Gefahren für den Frieden so weit als möglich hinauszuschieben“.<sup>81</sup>

Damit waren sämtliche Streitfragen zwischen Wien und Belgrad endgültig ausgeräumt, und in der zweiten Jahreshälfte 1937 trat hinsichtlich der jugoslawisch-österreichischen Beziehungen die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm ein.<sup>82</sup> Endlich konnte man sich nun auch einem Thema zuwenden, das in der Zwischenkriegszeit bisher schmählich vernachlässigt worden war – der „Intensivierung der Kulturbeziehungen“.<sup>83</sup> Wenige Monate vor dem Anschluss war dies noch die gepflegte Sprache der Diplomatie und nicht die der puren Ironie.

Engste außenpolitische Beziehungen pflegte Österreich als „zweiter deutscher Staat“<sup>84</sup> nach dem Juliabkommen nach wie vor mit Italien, das seine Rolle als Schutzmacht vehement aufrecht erhielt. Im Rahmen der Römer Protokolle war ja die Stellung Österreichs zu Italien (und Ungarn) als den Partnern dieser Protokolle unberührt geblieben, was ja dezidiert so auch im Juliabkommen festgeschrieben worden war.<sup>85</sup> Für Wien bedeutete das Festhalten an Italien einen letzten Rest an eigenständiger Außenpolitik, während Rom seine Sonderstellung in Österreich erfolgreich gegen Deutschland behaupten konnte. Wirklich freie Hand in Österreich sollte Berlin schließlich erst im Dezember 1937 erhalten, als Mussolini Berlin signalisierte, dass eine Unabhängigkeit Österreichs als „deutscher Staat“ nicht länger aufrechtzuerhalten sei. Doch dieses letzte Kapitel der österreichisch-italienischen Beziehungen vor dem Anschluss bleibt dem zwölften und letzten Band der „Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich 1918-1938“ vorbehalten.<sup>86</sup>

<sup>79</sup> Zit. nach Suppan, Jugoslawien und Österreich 1211; außerdem ADÖ 11/1764.

<sup>80</sup> Siehe dazu u. a. ADÖ 11/1743.

<sup>81</sup> Zit. nach Suppan, Jugoslawien und Österreich 1211.

<sup>82</sup> So war etwa Österreich Ende August 1937 gar kein Thema mehr auf der Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia, wie Stojadinović dem österreichischen Gesandten in Belgrad beruhigend versicherte – ADÖ 11/1776.

<sup>83</sup> Ebd. 1211f.

<sup>84</sup> Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 264.

<sup>85</sup> Punkt VIII des „Gentleman-Agreement“ vom 11. Juli 1936 – ADÖ 10/1640.

<sup>86</sup> ADÖ Bd. 12: Österreich zwischen Isolation und Anschluss. 28. September 1937 bis 15. März 1938, ed. Walter Rauscher, Arnold Suppan (Wien 2016).